

IN DER EIGENEN HAND

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN DEUTSCHLAND, DER TÜRKEI UND DEN USA UND DIE NATO-MISSION „INHERENT RESOLVE“

Von Jasmin Gabel, Kaloyan Halachev, Esther Kern, Daniel Weimert & Sylvia Wittmer

Im Rahmen der Operation „Inherent Resolve“ spielt Deutschland die Rolle eines emanzipierten Akteurs mit klarer Position. Das Eintreten für westlich-demokratische Werte sowie der Kampf gegen die Terrormiliz des sogenannten Islamischen Staates (IS) sollten auch für die nächste Bundesregierung Priorität haben. So würde die Bundesrepublik ihrer zunehmenden Verantwortung in der Weltpolitik gerecht und ein klares Zeichen gegenüber der Türkei, aber auch den Vereinigten Staaten senden.

Als Reaktion auf die fortwährende Zugangssperre sollten die vom Bundestag entsandten SoldatInnen vom Luftwaffenstützpunkt in Incirlik abgezogen werden. Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten sollten sich andere Partner innerhalb der NATO suchen, um die abgezogenen Kontingente weiterhin im Kampf gegen die Terrormiliz des IS strategisch positionieren zu können. Eine Verlegung der Truppen auf die britische Luftwaffenbasis in Akrotiri im EU-Mitgliedstaat Zypern und somit eine Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich ist die sinnvollste, kurzfristig umsetzbare Alternative. Die Hoffnung bleibt jedoch bestehen, dass die momentan zur Anwendung kommenden diplomatischen Instrumente zu einer Normalisierung der Beziehung zwischen der Türkei und Deutschland führen können.

AUSGANGSLAGE

„Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen.“

Angela Merkel

Die Aussage der Bundeskanzlerin, die als Signal zum möglichen Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Ära verstanden werden kann, sorgte nach dem G7-Gipfel in Italien weithin für Aufsehen. Dabei spielte Angela Merkel auf schwelende internationale Interessenkonflikte und aufkommende Schwierigkeiten in den Außenbeziehungen Deutschlands und der Europäischen Union an. Diese manifestieren sich insbesondere in der Politik der schwer berechenbaren, und scheinbar irrational agierenden Regierung der Vereinigten Staaten unter Präsident Trump, deren Außenpolitik trotz einer von Abhängigkeiten und Vernetzungen geprägten internationalen Ordnung in eine isolationistische Richtung treibt.

Neben den Vereinigten Staaten lässt sich Merkels Aussage auch auf den türkischen Präsidenten Erdoğan beziehen, der mit seiner anti-westlichen Rhetorik und dem Besuchsverbot deutscher Bundestagsabgeordneter in Incirlik das deutsch-türkische Verhältnis und nicht zuletzt auch die transatlantischen Beziehungen aufs Spiel setzt. Beide sollten unter neuen Gesichtspunkten betrachtet

werden. Hierfür ist seitens der deutschen Politik in Anbetracht der divergierenden Interessen ein Balanceakt nach innen wie außen erforderlich.

Seit Anfang 2017 trugen mehrere Vorfälle zu einer Erschwerung des deutsch-türkischen Verhältnisses bei. Im Rahmen der Kampagne für das Verfassungsreferendum bemühte die türkische Regierung eine betont aggressive Rhetorik gegenüber der Bundesrepublik, die in einer Reihe provokanter Vergleiche mit der Zeit des Nationalsozialismus gipfelte. Fast gleichzeitig wurde der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel festgesetzt. Auch in der Türkei kommt es immer wieder zu Inhaftierungen von JournalistInnen und Angehörigen der Oppositionsparteien. Die Aufhebung der Immunität kurdischer Abgeordneter im türkischen Parlament rief Kritik seitens der deutschen Bundesregierung hervor und beförderte das derzeitige Klima des Misstrauens.

Auslöser für die wieder verstärkte Aufmerksamkeit für das Engagement der Bundeswehr im Rahmen der Operation Inherent Resolve war der 15. Mai 2017. An diesem Tag untersagte die Türkei den Besuch einer Bundestagsdelegation am Luftwaffenstützpunkt in Incirlik, einen Tag vor dem geplanten Termin.¹ Ein möglicher Grund hierfür ist die Verärgerung der türkischen Regierung über das seitens der Bundesrepublik türkischen Armeeoffizieren und Diplomaten gewährte Asyl nach dem Putschversuch am 15. Juli.² Seither bleibt deutschen Bundestagsabgeordneten

¹ Bereits im letzten Jahr kam es immer wieder zu Besuchsverboten für Bundestagsabgeordnete seitens der Türkei. Der Kompromiss war zuletzt, dass zwar einzelnen Bundestagsabgeordneten der Besuch

nicht mehr gestattet ist, wohl aber Bundestagsdelegationen.

² Handelsblatt, aufgerufen am 04.06.2017:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/tuerkei->

IN DER EIGENEN HAND: DEUTSCHLAND UND DIE NATO-MISSION „INHERENT RESOLVE“

OPERATION INHERENT RESOLVE. OPERATION SHADER. OPERATION CHAMMAL: VIELE NAMEN. EINE MISSION

Im September 2014 kam es im Rahmen des NATO-Gipfels in Wales zu Verhandlungen zwischen den USA und anderen Bündnispartnern, um eine internationale Allianz gegen den Islamischen Staat zu gründen. Der Luftwaffenstützpunkt Incirlik spielt hierbei eine große Rolle. Bereits während der Kriege im Irak und Afghanistan wurde der Stützpunkt im Süden der Türkei von der US-Armee benutzt. Seit Juli 2015 haben die Vereinigten Staaten die Erlaubnis der Türkei, den Stützpunkt für Luftangriffe gegen die Terrormiliz IS zu nutzen. Im Rahmen der „Combined Joint Task Force – Operation INHERENT RESOLVE (CJTF – OIR)“ nutzt auch die Bundesrepublik den Stützpunkt seit Anfang 2016. Diese Missionen waren bislang keine NATO-Missionen, sondern eine Koalition der Willigen, welche aus NATO-Mitgliedern wie Nicht-NATO-Mitgliedern besteht. Beim NATO-Gipfel am 25. Mai 2017 hat sich die Allianz gemeinsam zur Verfolgung dieser Mission verpflichtet. An den operativen Bedingungen ändert sich hierdurch jedoch zunächst nichts.

der Zugang zur Truppe verwehrt, was gerade bei einer Parlamentsarmee eine signifikante Behinderung parlamentarischer Kontrolle bedeutet. Bundeskanzlerin Merkel drohte daraufhin dem türkischen Präsidenten mit einem Abzug der ca. 260 in Incirlik stationierten BundeswehrsoldatInnen.³ Die Oppositionsparteien im Bundestag haben sich bereits für eine Verlegung der Truppen ausgesprochen.⁴ Die Bundesregierung konzentriert sich derweil noch auf diplomatische Mittel, um die Situation eventuell wieder zu besänftigen.

Allerdings spielen auch die Vereinigten Staaten im Dauerkonflikt zwischen der Türkei und der Bundesrepublik eine Rolle. Im Kontrast zum deutsch-türkischen Spannungsverhältnis rief US-Vizepräsident Pence nach einem Telefonat mit dem türkischen Premierminister Yildirim Anfang Februar einen Neuanfang in den bilateralen Beziehungen aus. Darüber hinaus gratulierte Präsident Trump Präsident Erdogan zum Ausgang des türkischen Verfassungsreferendums, während sich europäische Politiker zurückhaltend äußerten. Andererseits beschloss die US-Regierung auch, die kurdischen Rebellen im Norden Syriens zu bewaffnen, ohne Rücksicht auf türkische Bedenken. Diese Unterstützung der kurdischen Verteidigungseinheit in Syrien (YPG) birgt einiges an Konfliktpotenzial und relativiert die vorherige Rhetorik. Die Organisation wird von den Vereinigten Staaten (und der Bundesrepublik) unterstützt, von der Türkei aber als Terrororganisation mit direktem Bezug zu PKK betrachtet. Eine ernsthafte Verschlechterung des US-amerikanisch-türkischen Verhältnisses ist trotz des Paradigmenwechsels in beiden Staaten nicht in Sicht. Vielmehr ist ein Erhalt der Partnerschaft unter den bisherigen Umständen realistisch.

In dieser unterschiedlichen Bewertung der Beziehungen mit der Türkei zeigt sich einmal mehr ein Spannungsverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und ihren

europäischen Partnern. Im Hinblick auf ihre nationalen Interessen könnten die Vereinigten Staaten die US-amerikanisch-türkische Partnerschaft der transatlantischen Freundschaft aus taktischen Gründen vorziehen. Der Erhalt der engen transatlantischen Beziehungen wird auch dadurch erschwert, dass sowohl von den Vereinigten Staaten als auch der Türkei eine primär interessengeprägte Politik verfolgt wird.

WIDERSTREITENDE INTERESSEN

Die Aussage der Bundeskanzlerin nach dem G7-Gipfel kann vor diesem Hintergrund als Aufruf zur Entwicklung neuer multilateraler Ansätze in der Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden. Demzufolge soll die internationale Ordnung den geänderten geopolitischen Gegebenheiten angepasst werden. Für die Bundesrepublik würde dies voraussichtlich eine größere Verantwortung im Rahmen der Europäischen Union und der Nato bedeuten. Merkels Aussagen stehen damit im Zeichen eines Übergangs zu einer neuen internationalen Ordnung nach 1989. In Bezug auf die Operation „Inherent Resolve“ verdeutlicht die Bundesrepublik deshalb, dass sie an der bisherigen Kooperation festhalten will, allerdings nicht um jeden Preis unter denselben Umständen.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der US-Regierung unter Präsident Trump bietet Anlass zur Sorge aufgrund ihrer Fokussierung auf eng gefasste nationale Interessen. In ihrer Rhetorik wird eine isolationistische Haltung deutlich. Aus primär innenpolitischen Motivationen heraus werden selbst traditionell enge Bündnispartner medienwirksam kritisiert. Auch der Kampf gegen die Terrormiliz IS spiegelt dabei, trotz der globalen Anti-IS-Koalition, primär nationale Interessen des US-amerikanischen Präsidenten wider. Um eines seiner Hauptwahlversprechen, die

³ deutschland-gewaehrt-tuerkischen-diplomaten-asyl/19778032.html

⁴ Die Zeit, aufgerufen am 30.05.2017: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/merkel-droht-erdo-an-mit-abzug-von-bundeswehr-aus-incirlik>

⁴ Die Zeit, aufgerufen am 30.05.2017: <http://www.zeit.de/news/2017-05/16/verteidigung-linke-und-gruene-beantragen-sofortigen-abzug-aus-incirlik-16185605>

IN DER EIGENEN HAND: **DEUTSCHLAND UND DIE NATO-MISSION „INHERENT RESOLVE“**

Terrormiliz IS „signifikant“ zu bombardieren, einzuhalten benötigt Trump jedoch Kooperation und Infrastruktur der NATO-Partner.

Die geographische Lage des Luftwaffenstützpunktes Incirlik verleiht der Türkei dabei bedeutendes strategisches Gewicht. Das Land ist im Kampf gegen die Terrormiliz IS durch die verkürzte Flugzeit zum Einsatzort und einen relativ sicheren Transit ins Einsatzgebiet essenziell für die Gewährleistung des Zugangs zu strategischen Ressourcen in der Region. Aufgrund dieser geostrategischen Vorteile ist die Türkei trotz zunehmender autoritärer Tendenzen in Ankara dem Risiko potenzieller Nachteile im US-amerikanisch-türkischen Dialog bislang nicht ausgesetzt. Die Wichtigkeit der Aufrechterhaltung demokratischer Werte und Institutionen wird zwar von US-amerikanischer Seite immer wieder hervorgehoben, aber nicht als zwingend notwendige Bedingung militärischer und politischer Kooperation erachtet. Die Unterstützung der kurdischen Verteidigungseinheit in Syrien (YPG)⁵ und die Verweigerung der Auslieferung von Fethullah Gülen birgt zwar einiges an Konfliktpotenzial, jedoch verdeutlicht die Erklärung der Türkei zum wichtigsten Alliierten in der Region seitens des US-Vizepräsidenten Pence beispielhaft die strategische Bedeutung der Türkei für die Vereinigten Staaten. Es besteht ein starkes Interesse an der Wiederherstellung und Unterhaltung traditionell enger Beziehungen mit dem langjährigen NATO-Verbündeten. Obwohl sich je nach nationaler Interessenlage die Priorisierung der Wiederherstellung der US-amerikanisch-türkischen Beziehungen wieder ändern könnte, erscheint eine Trendwende in den Grundtendenzen und Determinanten der US-Außenpolitik vor dem Hintergrund nationaler Interessen im Kampf gegen den Terrorismus als eher unwahrscheinlich. In absehbarer Zukunft sollte die Wiederherstellung enger Beziehungen und die strategische Bedeutung der Türkei dem „America-First-Mantra“ Trumps daher nicht entgegenstehen.

Für die Türkei bleibt die Verhinderung eines kurdischen Staates nach Scheitern ihrer weitreichenden Syrienpolitik ein Hauptaugenmerk. Dies verdeutlicht sie wiederholt gegenüber ihren westlichen Bündnispartnern. Gleichzeitig lässt sich im Rahmen der sogenannten neo-osmanischen Ausrichtung schon länger eine graduelle Abkehr der Türkei von diesen und eine Fokussierung auf regionale Machtverhältnisse und Problemstellungen feststellen. Partner wie Russland, China, aber auch arabische Staaten haben hingegen an Bedeutung gewonnen.⁶ Dadurch besteht die Gefahr, dass eine strategische Partnerschaft

zwischen der Bundesrepublik, der Türkei und den Vereinigten Staaten eventuell trotz der im NATO-Vertrag festgehaltenen gemeinsamen „Wertegemeinschaft“ aufgrund divergierender Interessen nicht mehr möglich ist.

In Anbetracht dieser besorgniserregenden Entwicklungen unterbreitet dieser Brief praktische Handlungsempfehlungen in einer sich zuspitzenden Situation. Wir bieten dabei mögliche Alternativen an zu bereits angedachten Handlungsoptionen und beleuchten die Rolle weiterer strategischer Partnerschaften.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

1. Diplomatische Mittel

Die Bundesrepublik sollte, in enger Abstimmung mit den Vereinigten Staaten, der Türkei unmissverständlich deutlich machen, dass der offene Zugang zu dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik nicht verhandelbar, geschweige denn als Druckmittel unter Verbündeten akzeptabel ist. Diese Selbstverständlichkeit darf nicht als Gegenforderung für eine Visafreiheit für türkische StaatsbürgerInnen dienen. Die Tatsache, dass der Luftwaffenstützpunkt unter US-Kommando steht, ist von Vorteil, um überzogene Forderungen abzufedern. Die westliche Wertegemeinschaft als Fundament der Zusammenarbeit sollte hervorgehoben werden, ebenso wie die gemeinsamen Positionen innerhalb des NATO-Bündnisses und die Bedeutung der gemeinsamen Bekämpfung des IS. Sollte dies nicht fruchten, sollte die Bundesregierung die Vereinigten Staaten auffordern, die transatlantische Freundschaft der US-amerikanisch-türkischen vorzuziehen. Für Deutschland spricht dabei die wirtschaftliche wie auch demokratische Stabilität, aber auch die jahrzehntelange Unterstützung der Vereinigten Staaten in außenpolitischen Fragen, während die Türkei einen verstärkt anti-westlich-autokratischen Kurs einschlägt.

Ein multilateraler Zusammenschluss innerhalb der NATO sollte noch vor der Verlegung der Truppen als Druckmittel angestrebt werden. Als Priorität gilt es hierbei supranationale Interessen im Kampf gegen den Terror mit der Operation „Inherent Resolve“ auch in einer post-rationalen, multipolaren Ära mit den beteiligten Akteuren zu verfolgen. Daher sollte eine verstärkte militärische Koordination zwischen der Bundeswehr und den US-Truppen weiterhin gesucht werden. Die Bundesrepublik sollte hierfür einen offenen Verhandlungs- und Kommunikationskanal mit Verteidigungsminister Mattis,

⁵ Einigkeit herrscht, im Gegensatz zur YPG, zwischen der Bundesrepublik, der Türkei und den Vereinigten Staaten in der Frage der Einstufung der kurdischen Arbeiterpartei PKK als terroristische Organisation.

⁶ FAZ, aufgerufen am 04.06.2017:
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/tuerkei-erdogan-sucht-neue-buendnisse-im-osten-14902917.html>

IN DER EIGENEN HAND: **DEUTSCHLAND UND DIE NATO-MISSION „INHERENT RESOLVE“**

als einflussreiches Kabinettsmitglied, unterhalten und die ministerielle Zusammenarbeit fördern, damit der freie Zugang mit Hilfe US-amerikanischen Drucks wiedererlangt wird, bevor aufgrund der politisch angespannten Situation eine Verlegung der BundeswehrsoldatenInnen angeordnet werden muss.

2. Alternative: Stationierung in Akrotiri

Im Falle, dass die Türkei dennoch immer mehr in die Autokratie abdriftet und eine gedeihliche Zusammenarbeit in Incirlik nicht mehr möglich ist, sollten die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik gemeinsam nach einer Alternative zur Verlegung der Streitkräfte suchen. Hierfür sehen wir den britischen Luftwaffenstützpunkt Akrotiri auf Zypern als beste Option. Bevor diese Verlegung jedoch in die Tat umgesetzt wird, sollte die Türkei mit dieser Alternative konfrontiert werden. Ändert sich weiterhin nichts am Kooperationswillen der Türkei, sollten alle Truppen verlegt werden.

Sollte aber die Regierung unter Präsident Trump weiter auf Annäherungskurs mit Präsident Erdogan gehen und einen Abzug der Truppen nicht in Betracht ziehen, sollte die Bundesregierung im Alleingang eine alternative Kooperation mit Zypern und dem Vereinigten Königreich verfolgen. Dies könnte jedoch nicht nur zur Verschlechterung der Beziehungen mit der Türkei, sondern auch zu Konflikten innerhalb der deutsch-amerikanischen Beziehung führen.

Gegen den Luftwaffenstützpunkt Al Azraq in Jordanien spricht, dass dieser trotz des Kooperationswillens Jordaniens aufgrund der geopolitischen Lage des Landes eine einwandfreie Fortführung der Operation „Inherent Resolve“ nicht gewährleisten kann. Dies ist u.a. in den Lieferwegen für militärisches Material begründet. Auch könnte Jordanien aus deutscher Perspektive nur über den Seeweg beliefert werden. Problematisch ist hierbei, dass Jordanien lediglich über einen Hochseehafen verfügt, der an der südlichen Grenze des Landes in Akaba angesiedelt ist. Dies limitiert die Reaktionsschnelligkeit der Streitkräfte. Ein Transport der notwendigen Infrastruktur über den Luftweg ist hingegen nur begrenzt möglich und die Nutzung des Landweges aufgrund dazwischenliegender Konfliktherde mit hoher Gefahr verbunden.

Eine Führung der Operation „Inherent Resolve“ von Zypern aus wäre demnach geostrategisch vorteilhaft und könnte darüber hinaus eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem Vereinigten Königreich auch

in Zeiten des Brexit stärken. Zypern bringt als Standort für die Bundesrepublik zusätzlich den Vorteil mit sich, dass die Streitkräfte innerhalb der Europäischen Union stationiert wären. Die Kooperation ist durch die gemeinsame Mitgliedschaft in der Europäischen Union weniger anfällig für vergleichbare Situationen wie momentan im deutsch-türkischen Verhältnis. Eine Übernahme einer leitenden Rolle durch die Bundesrepublik sendet hierbei auch ein klares Signal im Sinne der geforderten erhöhten Verantwortungsbereitschaft im Rahmen des NATO-Bündnisses an die Vereinigten Staaten. Dies könnte von US-amerikanischer Seite sogar als positives Zeichen gewertet werden, da immer wieder von den europäischen Ländern – unter anderem auch der Bundesrepublik – gefordert wurde, sich militärisch stärker einzubringen.

Eine Stationierung in Akrotiri wäre weiter von Vorteil, da die Operation Shader des Vereinigten Königreichs bereits von Zypern geleitet wird. Eine Kooperation mit der Operation „Inherent Resolve“ würde durch einen gemeinsamen Stützpunkt weiter vereinfacht. Zusätzlich zu diesem Stützpunkt könnten weitere Flugzeugträger vor der Küste Zyperns stationiert werden, um die Kapazitäten der Gesamt-Operation zu erweitern. Für die Bundeswehr wäre dies natürlich keine Option, da die eingesetzten Tornados lediglich von Land aus starten können und die Bundeswehr nicht über eigene Flugzeugträger verfügt.

Diese Truppenverlegung würde zu einer Reduktion der Abhängigkeit von der Türkei führen sowie zu einem stärkeren Einsatz für eine Verteilung von Streitkräften in der EU. Gleichzeitig sollte jedoch aufgrund der logistischen Herausforderungen deutlich gemacht werden, dass man einer Zusammenarbeit weiterhin offen gegenübersteht, sofern die Türkei sich wieder demokratischen Werten öffnet und den Zugang zu stationierten Truppen gewährt.

3. Internationaler Druck

Sollte die Türkei als NATO-Mitglied weiterhin willentlich den Kooperationsgedanken der NATO verletzen und das Bündnis schwächen, sollte über Konsequenzen für ihre Rolle innerhalb der Organisation nachgedacht werden.⁷ Ein Ausschluss der Türkei ist nicht möglich, jedoch kann ein vorübergehendes Einfrieren des Informationsflusses in Richtung Türkei erfolgen. Dies würde zu einer Form des passiven Ausschlusses führen.

Auch in Zeiten erschwelter Kooperation mit den Vereinigten Staaten und der Türkei verfügt die

⁷ Erste Tendenzen in diese Richtung lassen sich in der Initiative erkennen, den NATO-Gipfel 2018 nicht wie geplant in Istanbul, sondern in Brüssel stattfinden zu lassen. Die Welt, aufgerufen am

IN DER EIGENEN HAND: **DEUTSCHLAND UND DIE NATO-MISSION „INHERENT RESOLVE“**

Bundesrepublik über durchaus starke Argumente, um sich in der Sicherheitspolitik die Unterstützung und Mitwirkung der zwei wichtigen NATO-Partner zu sichern. So wurde eine Erhöhung der deutschen Militärausgaben beschlossen, damit die Bundesrepublik ihren vertraglichen Pflichten nachkommen kann. Diese Vertragskonformität sowie zahlreiche Einsätze der Bundeswehr innerhalb des Bündnisses⁸ können notfalls als Druckmittel verwendet werden. Die Schließung strategischer Stützpunkte der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik kann, bei Verweigerung partnerschaftlicher Unterstützung, als Ultima Ratio in Aussicht gestellt werden. Die Managementstrukturen, die den Luftwaffenstützpunkt Incirlik am Laufen halten, befinden sich in Stuttgart. Die Freigabe von Geheimdienstinformationen an die Türkei innerhalb der NATO kann ebenso einseitig von deutscher Seite eingeschränkt oder gar eingestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Bereitstellung jeglicher Informationen aus den Aufklärungsmissionen der Tornado-Einheiten.⁹

Folgenreiche Drohungen bezüglich des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei sind vorerst nicht zu erwarten, da alle Parteien gleichermaßen von diesem profitieren.¹⁰

Die EU durch die Reduzierung der Ankunft von Geflüchteten ohne rechtlichen Schutzanspruch über das Mittelmeer nach Griechenland, die Türkei aufgrund finanzieller Unterstützung für die Versorgung dort verbliebener Geflüchteter. Sollte es dennoch zu Einschränkungen seitens der Türkei kommen, könnte sich die Bundesregierung auch hier alternative Partner, beispielsweise Bulgarien oder andere EU-Staaten entlang der Balkanroute, suchen.

Die Bundesrepublik ist traditionell nicht nur ein Partner, sondern ein Freund der Vereinigten Staaten und der Türkei, der großes Ansehen und Vertrauen in der gesamten internationalen Gemeinschaft genießt. Dieses „Kapital“ entfaltet seine Wirkung aber am besten, wenn die westliche Wertegemeinschaft mit vereinten Kräften auftritt. Mit den Einsätzen der Bundeswehr in Afghanistan und Kosovo hat die Bundesrepublik bewiesen, dass sie ihrer internationalen Verantwortung im Sinne umfassender Bündnistreue gewachsen ist. Das Gleiche sollte sie nun für sich fordern: Beistand im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Auch in Zeiten der Unruhe inmitten des NATO-Bündnisses.

⁸ Ein Beispiel hierfür ist der Einsatz der Bundeswehr am NATO-Stützpunkt in Konya, wo sie 30% der Besatzung stellt und AWACS-Aufklärungsflugzeuge der NATO zum Kampf gegen die Terrormiliz IS fliegt.

⁹ Bisher stellte die Bundesrepublik die Informationen aus ihren Aufklärungsmissionen dem türkischen Bündnispartner zensiert zur Verfügung. Diese könnten jedoch aufgrund der verstärkten Kooperation mit Russland und des Kampfes der Türkei gegen einen kurdischen Staat missbraucht werden. Spiegel Online, aufgerufen

am 04.06.2017: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/bundeswehr-tuerkei-will-tornado-aufklaerungsbilder-erpressen-a-1132499.html>

¹⁰ Präsident Erdogan drohte in den vergangenen Monaten mehrmals, bislang folgenlos, mit einer möglichen Kündigung des Flüchtlingsabkommens, etwa nach dem Votum des EU-Parlamentes zum Einfrieren der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im November 2016 oder im Streit um die Auslieferung sechs türkischer Generäle, die in Griechenland Asyl beantragt haben.

AUTOR_INNEN



JASMIN GABEL

Jasmin hat den B.A. in Amerikanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin abgeschlossen und befindet sich aktuell im Studium eines Doppel-Masters in interkultureller Kommunikation an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Adam-Mickiewicz-Universität Posen. Bei Polis ist sie Co-Programmbereichsleiterin von The America(n)s.



KALOYAN HALACHEV

Kaloyan hat an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg den BA in Politikwissenschaften und Soziologie abgeschlossen. Im Anschluss daran hat er einen Master in Britischen Studien mit Schwerpunkt Politik, Wirtschaft und Recht an der Humboldt Universität zu Berlin abgeschlossen. Gegenwärtig ist er im Abschlussemester des (zweiten) Master mit Schwerpunkt empirische Sozialforschung an der Humboldt Universität zu Berlin.



ESTHER KERN

Esther studiert am John-F.-Kennedy-Institut der FU Berlin im Master Nordamerikastudien mit den Schwerpunkten Politik und Wirtschaft. In ihrer Masterarbeit beschäftigt sie sich mit Fragen der Digitalisierung im Bereich amerikanischer Außenpolitik. Sie ist momentan studentische Hilfskraft in der Abteilung Politik des Instituts.



DANIEL WEIMERT

Daniel absolvierte den BA Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin und der University of California San Diego. Praktika absolvierte er u. a. in der US-amerikanischen Botschaft in Berlin und im Bundesministerium der Verteidigung im Bereich Hybride Bedrohungen. Momentan studiert er den Master Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation an der Universität der Künste Berlin sowie an der Sorbonne Nouvelle Paris III.



SYLVIA WITTMER

Sylvia ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und promoviert zum Völkerrecht und Jüdischen Recht an der Humboldt Universität zu Berlin. Ihren LL.M in International Criminal Justice and Armed Conflict hat sie von der University of Nottingham erhalten. Nach einem Aufenthalt als Gastforscherin an der Fordham University in New York gründete sie den Programmbereich The America(n)s bei Polis180. Darüber hinaus co-leitet sie das Programm Frieden & Sicherheit.

Polis180 e.V., Juni 2017

Dieser Polis Brief gibt die Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.

POLIS180 – GRASSROOTS-THINKTANK FÜR AUSSEN- UND EUROPAPOLITIK
FRIEDRICHSTRASSE 183, 4. OG
10117 BERLIN

WWW.POLIS180.ORG
INFO@POLIS180.ORG